

Pressegespräch

Aus der Krise nichts gelernt?

Die sozialen Sicherungssysteme zwischen Abbruch und Neubau

Hannover, 4. Februar 2010

Statement von Hartmut Meine,

IG Metall-Bezirksleiter für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Gewinner und Verlierer neoliberaler Politik lassen sich eindeutig identifizieren: Banker, Pharmaindustrie und Private Krankenversicherungen gehören eindeutig zu den Gewinnern. Hoteliers, die aufgrund der Steuersenkung satte 12 Prozent mehr Profit machen und Mitglieder der FDP, die bei der Deutschen Krankenversicherung (DKV) einen Versicherungsrabatt erhalten, ebenfalls.

Verlierer sind Hartz IV-Empfänger, die sich einer Missbrauchskampagne des Ministerpräsidenten Koch erwehren müssen, Leiharbeitsbeschäftigte, die in der Krise als erste entlassen wurden und gesetzlich Krankenversicherte, die angeblich viel zu häufig zum Arzt gehen. Aber auch Beschäftigte in Kurzarbeit, die seit Monaten erhebliche Entgelteinbußen hinnehmen müssen. Alle zahlen für eine Krise, die sie nicht zu verantworten haben.

Sie können das als reine Polemik werten. Nach meiner Auffassung skizziert das aber die Politik der neuen Bundesregierung nach 100 Tagen im Amt.

Von einem grundsätzlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Umdenken ist trotz Krise nichts zu sehen. Alternativen werden nicht benannt.

Mein Kollege Hans-Jürgen Urban wird darauf sicherlich gleich näher eingehen.

Meine Damen und Herren,
die Arbeitsmarktregeln haben sich für Stammbeschäftigte in der Krise eindeutig bewährt. Dies ist deshalb bemerkenswert, da vor einigen Jahren gegen die Regulierung des Arbeitsmarktes heftig polemisiert wurde.

Die verbesserten Kurzarbeitsregelungen haben Entlassungen von Stammbeschäftigten verhindert. Allein im IG Metall Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt sind derzeit rund 40.000 Beschäftigte in Kurzarbeit. Beschäftigte, die ohne verbesserte Kurzarbeitsregelungen sicherlich ihren Arbeitsplatz verloren hätten. Aber, ich sagte es bereits, sie zahlen mit einem deutlichen Entgeltverlust für die Krise.

Auf den Arbeitsmarkt bezogen, hat die alte und teilweise auch die neue Bundesregierung ein relativ gutes Krisenmanagement betrieben. Auch die Abwrackprämie hat geholfen Arbeitsplätze zu sichern.

Andere Vorschläge der IG Metall, die die Besserverdienenden stärker zur Krisenbewältigung herangezogen hätten, wie beispielsweise der 100-Milliardenfonds für Zukunftsinvestitionen, wurden aber nicht umgesetzt.

Für die von der rot-grünen Bundesregierung liberalisierte Leiharbeit gilt das international als German Jobwunder bezeichnete Modell der Beschäftigungssicherung leider nicht. Der von der IG Metall und anderen DGB-Gewerkschaften massiv kritisierte Rückbau der gesetzlichen Regelungen zum Schutz von Leiharbeitsbeschäftigten hat seine Folgen. Leiharbeiter waren in der Krise die ersten, die entlassen wurden. Leiharbeitsbeschäftigte werden häufig zu Dumpinglöhnen dauerhaft eingesetzt und in Krisensituationen fliegen sie raus. Einen so genannten Klebeeffekt gibt es nicht.

Wir befürchten, und wir haben bereits solche Fälle vorliegen, dass Unternehmen beim Anziehen der Konjunktur ausschließlich auf Leiharbeitsbeschäftigte zurückgreifen werden. Deshalb haben wir in den Gesprächen zur Beschäftigungssicherung die Arbeitgeber aufgefordert, mit uns über die Begrenzung von Leiharbeit in den Betrieben zu sprechen und gleiche Bedingungen für sie zu schaffen. GesamtMetall und NiedersachsenMetall haben das strikt abgelehnt. Insofern ist der Gesetzgeber zum Handeln verpflichtet. Ich fordere die neue Arbeitsministerin von der Leyen auf, die Rahmenbedingungen für Leiharbeit zu verbessern. Es darf nicht bei den öffentlichkeitswirksamen Ankündigungen der Ministerin bleiben! Wir brauchen als ersten Schritt einen Mindestlohn für Leiharbeitsbeschäftigte.

Das Zurückdrängen von Vollzeit-Arbeitsverhältnissen zugunsten von Midijobs, Minijobs sowie Leiharbeit, hat das gesunkene Arbeitsvolumen lediglich auf mehr Köpfe verteilt und Lohndumping Tür und Tor geöffnet. Diese Politik gefährdet das Sozialversicherungssystem der Republik. Nicht der demografische Wandel!

Die Bundesregierung scheint den Abbau in Folge der Krise weiterführen zu wollen, anstatt einen umfassenden Politikwechsel einzuleiten. Die alten, ideologisch motivierten Argumente der Neoliberalen tauchen wieder aus der Versenkung auf. Die Kosten der Krise sollen den Beschäftigten, den Versicherten, Hartz IV-Empfängern und Rentnern aufgebürdet werden. Die Verursacher der Krise werden kaum oder gar nicht belangt.

Seit den 1980er Jahren findet ein schleichender Ausstieg aus dem paritätisch finanzierten Sozialversicherungssystem statt. So sind beispielsweise die Zuzahlungen für Versicherte im Gesundheitsbereich kontinuierlich angestiegen. Die Einführung der Praxisgebühr von 10 Euro, das Krankenhausgeld von ebenfalls 10 Euro pro Tag, ging ausschließlich zu Lasten der Versicherten. Leistungen wie Brillen oder Zahnersatz wurden aus der Versicherungsleistung komplett gestrichen. Außerdem wurde die Zuzahlungsbefreiung für Geringverdiener gestrichen und bei verschreibungspflichtigen Arzneimitteln Zuzahlungen eingeführt.

Zudem haben soeben mehrere Krankenkassen angekündigt, eine Kopfpauschale von 8 Euro von den Versicherten eintreiben zu wollen. Die Verbraucherschutzministerin Aigner kritisiert scheinheilig dieses Verhalten, die Arbeitgeber rufen nach dem Kartellamt und selbst Gesundheitsminister Rösler tut so, als ob die Kopfpauschale eine Erfindung der Kassen sei. Dabei ist die einseitige Belastung von der letzten Regierung eingeführt worden und die FDP will die Kopfpauschale laut ihrem Programm sogar noch ausweiten.

Gesundheitsminister Rösler hat angekündigt, dass Gesundheitssystem umbauen zu wollen. Man kann sich gut vorstellen wie ein Umbau aussieht, der von seinem Staatssekretär, einem ehemaligen Lobbyisten der Privaten Versicherer, Christian Weber, erarbeitet wird. Damit macht Rösler den Bock zum Gärtner. Ich fordere von der Bundeskanzlerin: Stoppen sie Minister Rösler bei seinem abenteuerlichen Plänen zur Kopfpauschale. Wenn nicht, gibt es Ärger mit der IG Metall!

Damit ich nicht falsch verstanden werden, auch wir sind der Meinung, dass in diesem Bereich Verbesserungen möglich sind, aber an anderer Stelle: Wir brauchen Regelungen, die die paritätische Finanzierung des Gesundheitssystems, des gesamten Sozialsystems sicherstellen. Unser Sozialversicherungssystem ist auch für eine älter werdende Gesellschaft geeignet. Allerdings müssen die Finanzierungsbedingungen verändert werden. Wir brauchen eine Bürgerversicherung, die alle Einkunftsarten, auch Kapitaleinkünfte und Zinseinkünfte, berücksichtigt.

Das umlagefinanzierte Rentenversicherungssystem hat sich in der Krise ebenfalls bewährt. Private, kapitalmarktfinanzierte Rentenfonds sind aufgrund der Finanzmarktkrise und der Zockerei von Börsenspekulanten erheblich unter Druck geraten, Milliarden sind vernichtet worden. Dennoch heißt es von Seiten der FDP, PRIVAT geht vor STAAT.

Meine Damen und Herren,
sie wissen, wir haben massiv gegen die Rente mit 67 gekämpft. Ich will die bekannten Argumente der IG Metall nicht erneut vorbringen. Nur soviel: Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die faktische Abschaffung der Altersteilzeit sind vor dem Hintergrund der Krise und der 40.000 Beschäftigten in Kurzarbeit allein im Bezirk völlig absurd. Deshalb fordere ich die Bundesregierung auf, nehmen sie die im Gesetz festgeschriebene Überprüfungsklausel ernst. Denken sie um!

Ich habe den Eindruck, dass die Kosten der Krise wieder einmal von den Beschäftigten – den Otto-Normalverbrauchern - getragen werden sollen. Welche Auswirkungen das haben wird, bleibt nach 100 Tagen schwarz-gelber Bundesregierung schemenhaft. Ich befürchte aber, dass nach der NRW-Wahl im Mai die Regierung drastische Einschnitte verkünden wird. Wenn sie das tut, kann sie sich auf erheblichen Widerstand der IG Metall einstellen.